

Resolution

**Heimat ist dort, wo man sich sicher fühlt -
Sicherheit schafft Erfolg**

Heimat ist dort, wo man sich sicher fühlt

Die Schweiz gilt weltweit als eines der sichersten Länder. Das macht unser Land für Personen und Unternehmen attraktiv. Sicherheit ist damit besonders wichtig für das Wohlbefinden der Menschen und den wirtschaftlichen Erfolg. Die CVP ist dafür mitverantwortlich und setzt sich für eine sichere Schweiz ein. Die vorliegende Resolution befasst sich mit der Sicherheit im Alltag. Ein Papier, das sich mit der Rolle der Armee befasst, wurde im September 2010 an einer Pressekonzferenz vorgestellt.

Jugendkriminalität, Vandalismus, brutale Angriffe auf unbeteiligte Passanten, Ausschreitungen an Sportveranstaltungen, aber auch Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte sind Herausforderungen, die auch in einem erfolgreichen Land wie der Schweiz konsequent angegangen werden müssen.

Schweizerinnen und Schweizer beanspruchen für sich möglichst viele individuelle Freiheiten, fordern auf der anderen Seite aber präventive Kontrollen und Strafaktionen. Dabei stehen das Bedürfnis nach uneingeschränkter Bewegungsfreiheit und das Recht auf Sicherheit in einem Spannungsverhältnis. Das Finden geeigneter Problemlösungen in diesem Spannungsfeld ist die Aufgabe einer weitsichtigen CVP-Politik.

Die CVP duldet keine rechtsfreien Räume und keine Gewalt. Eine konsequente Strafverfolgung und die Anwendung des geltenden Strafgesetzbuches sind zentral. Für ein reibungsreiches gesellschaftliches Miteinander braucht es klare Richtlinien und Grenzen. Zudem braucht es mutige Bürgerinnen und Bürger, die hinschauen und helfen, anstatt die Menschen ihrem Schicksal zu überlassen. Die CVP setzt auf präventive und repressive Massnahmen, um die Sicherheit in der Schweiz zu bewahren – denn Heimat ist dort, wo man sich sicher fühlt.

Sicherheit im öffentlichen Raum – Gewalt im Alltag tolerieren wir nicht

- **Verantwortlichkeiten der Sicherheitsorgane:** Die Sicherheit in Zügen und in Bahnhöfen muss verbessert werden. Dazu müssen die Verantwortlichkeiten und Handlungsbefugnisse der Sicherheitsorgane, insbesondere der Bahnpolizei, endlich eindeutig festgelegt werden.
- **3000 zusätzliche Polizisten:** Die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und in Quartieren muss gewährleistet sein. Wir fordern dafür die 3000 zusätzlichen Polizisten, die schon lange fehlen, und wo nötig Videokameras. Öffentliche Plätze sollen beleuchtet werden. Wir fordern Respekt gegenüber Polizei und Einsatzkräften. Angriffe bei Einsätzen und Verhinderung der polizeilichen Arbeit müssen geahndet werden. Jede Gemeinde sollte über ein integriertes Sicherheitskonzept verfügen.
- **Optimierung der Koordination:** Die CVP fordert für ausserordentliche Einsätze die Vereinfachung der Einberufung der interkantonal bereits bestehenden Polizeieinheiten und die Optimierung der Koordination.
- **Aufstockung GWK:** Wir fordern 300 zusätzliche Grenzwächter, dabei aber eine klare Trennung zwischen der Arbeit der Polizei und des Grenzwachtkorps.
- **Beobachtung der Südgrenze:** Der Bundesrat wird beauftragt, die Situation in Nordafrika und die Auswirkungen der Migrationsströme auf die Südgrenze der Alpen mit besonderer

Aufmerksamkeit zu verfolgen, gleichzeitig aber die humanitäre Tradition der Schweiz zu bewahren.

- **Bettelverbot für Kinder:** In vielen Schweizer Städten tauchen periodisch „Bettelbanden“ auf, die von kriminellen Organisationen aus dem Hintergrund gesteuert werden. Oftmals werden Kinder für diese Aufgabe eingesetzt, in besonders krassen Fällen werden die Kinder verstümmelt. Damit ist der Tatbestand des Menschenhandels erfüllt. Bestehen im Strafgesetzbuch keine Lücken, so erweist es sich in der Praxis allerdings schwierig, den Hintermännern habhaft zu werden. Einige Städte begegnen dem Problem mit Ohnmacht, in anderen ist das Vorgehen gegen Bettelnde aus politischen Gründen verpönt. Deshalb sind die Bestimmungen zum Menschenhandel mit einem Bettelverbot für Kinder und Minderjährige zu ergänzen.

Sicherheit für unsere Jugend

- **Eltern in die Pflicht nehmen:** Wir wehren uns gegen ein Schlechtreden der Jugend. Jugendgewalt ist aber leider eine Realität. Wir fordern deshalb, dass die Eltern vermehrt Verantwortung übernehmen müssen. Wir fordern Coaching-Angebote für Eltern mit schwierigen Jugendlichen. Die Schule soll Eltern aufbieten können, wenn ihre Kinder randalieren. Bei Nichterscheinen soll eine Busse ausgesprochen werden. Zudem sollen die Eltern die Kosten übernehmen, wenn Jugendliche von der Polizei nach Hause begleitet werden.
- **Alkoholverkauf in kommunaler Kompetenz:** Das Ausgehverhalten hat sich in den vergangenen Jahren markant verändert. Rauschtrinken ist „en vogue“ und durch die Verfügbarkeit von billigem (und billigstem Alkohol) auch einfach möglich. Die Städte sehen sich an den Wochenenden deshalb zunehmend mit Problemen wie Vandalismus, Littering, Urinieren im öffentlichen Raum, Angriffen auf Putzequipen, Sanitäter und Polizisten konfrontiert. Wir fordern deshalb, dass in der laufenden Revision des Alkoholgesetzes die Städte die Kompetenz erhalten Alkoholausschank, Alkoholkonsum und Alkoholverkauf durch kommunales Recht einzugrenzen, um adäquat auf bestehende Problemsituationen reagieren zu können.
- **Kostenbeteiligung bei Rauschtrinken:** Eltern müssen sich an den Kosten beteiligen, wenn ihre Kinder eine Leistung wie Ambulanz, Spitalaufenthalt oder Ausnüchterungszelle etc. beansprucht haben.
- **Rasche Strafverfahren:** Um Delikte nutzvoll zu strafen, fordern wir rasche Strafverfahren bei Personen bis 25 Jahren. Damit wird der Effekt der Strafe erhöht.

Sicherheit an Sportveranstaltungen und Demonstrationen

- **Gewalt an Sportveranstaltungen:** Die Probleme rund um Gewalt im Sport sind ungelöst. Wenn der Sportverband sich der Probleme nicht annimmt, muss der Staat die Mitglieder des Verbands in die Pflicht nehmen. Wir fordern deshalb ein nationales Gesetz, welches folgende Bereiche abdeckt: 1. Kommunale Bewilligungspflicht für Sportgrossveranstaltungen. 2. Strafbestimmungen für Vereine und Stadionbetreiber, welche bestehende Sicherheitsbestimmungen (z. B. Pyrotechnik) nicht durchzusetzen vermögen. 3. Strafbestimmungen für Vereine, deren Fans sich bei Auswärtsspielen gewalttätig verhalten. 4. Die Schaffung von Möglichkeiten, damit unbekannte Täter mit Fotos auf dem Internet veröffentlicht werden können.
- **Einführung von Schnellverfahren:** Die Kantone sind aufgefordert, an Sportveranstaltungen Schnellverfahren einzuführen, damit Strafen noch vor Ort ausgesprochen werden können.

- **Gewalt an Demonstrationen:** Veranstalter von Demonstrationen sollen in der Bewilligung verpflichtet werden, Gewalt und Ausschreitungen während ihres Anlasses zu verhindern und Verantwortung zu übernehmen.
- **Vermummungsverbot:** Bei Demonstration und Manifestationen im öffentlichen Raum soll ein Vermummungsverbot gelten.
- **Ausschöpfung der Mittel:** Die Kantone sind aufgefordert, ihre polizeilichen und justiziellen Mittel konsequent einzusetzen und den Rahmen der Gesetze zu nutzen. Der Bund soll dabei unterstützen.
- **Wegweisung unter Strafandrohung:** Wegweisungen durch die Polizei müssen unter Strafandrohung umgesetzt werden können.

Sicherheit im Internet

- **Bekämpfung der Pädokriminalität:** Um Pädokriminalität erfolgreich zu verfolgen, fordern wir eine Verdoppelung der Stellen der KOBIK und eine schwarze Liste für pädophile Straftäter.
- **Interneterziehung:** Wir fordern, dass die Schule den Kindern Kompetenz im Internet beibringt. Wie in der Verkehrserziehung mit ‚Luege, lose, laufe‘ sollen die Kinder lernen, mit dem Internet sicher umzugehen.
- **Zertifizierung von Internetseiten:** Zur Unterstützung der Eltern wir fordern eine altersgerechte Zertifizierung von Internetseiten.
- **Weiterentwicklung MELANI:** Die MELANI ist ein zentrales Organ des Bundes zur Sicherung der digitalen Informationsnetzwerke. Seit 2003 (Abgang Metzler) fehlt jedoch eine Strategie zur Weiterentwicklung des Grundauftrags und der Ziele von MELANI. Diese ist vom Bundesrat bis Ende 2012 vorzulegen.

Sicherheit dank griffigem Strafrecht

- **Unbedingte Strafen wieder ermöglichen:** Seit der Revision des Strafgesetzbuches wird der bedingte Strafvollzug gewährt, wenn eine schlechte Prognose bezüglich des Täterverhaltens nicht erwiesen ist. Zudem werden entfernte Einträge im Strafregister für die Verweigerung des bedingten Strafvollzuges nicht mehr berücksichtigt. Wir verlangen, dass diese Hürden für den unbedingten Strafvollzug wieder beseitigt werden.
- **Straftäter vor den Richter:** Mit Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) (1. Januar 2011) kann die Staatsanwaltschaft die meisten Delikte in Eigenregie durch schriftlichen Strafbefehl erledigen. Dadurch geht die abschreckende Wirkung, insbesondere bei jüngeren Gewalt- und Sexualstraftäter, verloren. Wir verlangen, dass bei Delikten wie vorsätzlichen Gewalt- oder schweren Sexualdelikten, bei Raserunfällen oder bei ähnlichen Angriffen auf Leib und Leben eine ordentliche Gerichtsverhandlung wieder vorgeschrieben wird. Bei schweren Fällen von Fahrlässigkeit unterstützt die CVP die schärferen Strafbestimmungen für Raser.
- **Bandengewalt und Schlägereien:** Der Gesetzgeber wird beauftragt, die Opfer von Bandenkriminalität, Schlägereien etc. besser zu schützen, beispielsweise mit der Ausweitung der Offizialdelikte auf einfache Körperverletzung.